

Ratsbeschluss rechters?

Montessori: CDU sieht den für unbefangenen
erklärten Henneböhl in Sachen INI tätig

RÜTHEN ■ „War Herr Henneböhl wirklich nicht befangen? Ist der Ratsbeschluss zur Paul-Gerhardt-Schule wirklich einwandfrei zustande gekommen?“ Die CDU-Fraktion äußerte jetzt bei ihrer Sommer-Presskonferenz Zweifel am korrekten Ablauf der Ratssitzung vom 8. Juli. Hier wurde mit 16 zu 15 Stimmen beschlossen, Verhandlungen mit der INI zwecks Überlassung des Gebäudes zum Aufbau einer privaten Montessori-Grundschule zu führen. Dabei wurde mehrheitlich die Unbefangenheit des SPD-Ratsmitglieds Henneböhl festgestellt, weil dieser zuvor seine Vorstandsmitgliedschaft bei der INI abgelegt hatte.

„Beim ersten Gespräch zwischen der Stadt und der INI tauchte jedoch als Mitglied der Delegation neben Geschäftsführer Venjakob Herr Henneböhl beim Bürgermeister auf“, moniert Schulausschussvorsitzender Georg Eickhoff. Für ihn sei der Rücktritt lediglich eine „kurzfristige taktische Entscheidung“ gewesen.

Entscheidung wird in Düsseldorf gefällt

Gleichwohl will die Union nicht mit rechtlichen Schritten gegen die Ratsentscheidung vorgehen – sie versäumt es aber nicht, die moralische Seite dieses Verhaltens nachdrücklich anzuprangern. Dabei verfolgt sie auch das Ziel, bei der Bezirksregierung Stimmung gegen das Projekt zu machen. Bereits am 14. Juli startete die CDU einen Appell an den Regierungspräsidenten, eine private Montessori-Grundschule in Rüthen nicht zu genehmigen. Wegen der vielen Argumente pro und contra werde die Entscheidung wahrscheinlich in Düsseldorf gefällt werden, vermutete Stadtverbandsvorsitzender Jürgen Augustinowitz. So weit ist es aber noch nicht, schließlich muss die Stadt zunächst einen Vertrag über das Gebäude mit der INI schließen und von der Politik absegnen lassen.



Die geheime Abstimmung über die Zukunft der Paul-Gerhardt-Schule am 8. Juli fiel mit 16 : 15 knapp aus.

Im Jahr 2015 werden 87 Kinder eingeschult. „Wenn hier noch eine vierte Grundschule hinzukommt, die 27 Schüler pro Jahrgang benötigt, kann die Schule Kallenhardt und eventuell auch Oestereiden nicht mehr existieren“, so Eickhoff. In die Privatschule würde aus Nachbargemeinden nur „eine verschwindende Minderheit kommen“. Gefährdet sieht Eickhoff auch die offene Ganztagsgrundschule, würde doch die INI-Schule ebenfalls ganztägig betrieben werden.

Die Kosten sind der CDU ein Dorn im Auge: Nicht nur die bis zu 30 Euro pro Monat Schulgeld plus Essengeld würde zu einer Selektion von Schülern aus finanziellen Gründen führen. Überhaupt würden durch die Bildung der Schule städtisches Vermögen und Steuergelder vernichtet.

Die CDU betonte, dass sie nicht gegen die Umwandlung einer bestehenden Schule in eine Montessori-Schule sei. Eickhoff: „Die Entscheidung liegt bei der jeweiligen Schulkonferenz, nicht bei der Politik.“ ■ **fred**